

Innere und äußere Konflikte in Südasien: Die Menschenrechtsdimension

Zusammenfassung eines Vortrags von Ravi Nair, Exekutivdirektor des South Asia Human Rights Documentation Centre (SAHRDC)

15. Mai 2000

Ravi Nair begann sein Referat über die Situation der Menschenrechte in Südasien mit der Lage in Sri Lanka. In einem "Klima der Straflosigkeit" lassen die Sicherheitsbehörden in Sri Lanka Spielraum für Kontrollmaßnahmen, die eindeutig den Grundsätzen einer demokratischen Verfassung zuwiderlaufen. Das Hauptproblem sei die "neuerliche Welle von Flüchtlingen, hauptsächlich nach Südindien, und die etwa 300.000 Heimatvertriebenen innerhalb des Landes". Dass diese innerhalb Sri Lankas aus ihrer Heimat Vertriebenen überhaupt wahrgenommen werden, ist ausschließlich internationalen Organisationen wie dem Roten Kreuz und „Ärzte ohne Grenzen“ zuzuschreiben. Außerdem hat es die internationale Gemeinschaft verabsäumt, gegen die von Sri Lanka verhängte Zensur von Berichten über den Krieg aufzutreten.

Ein weiteres südasiatisches Krisengebiet in Bezug auf die Menschenrechte ist das Gebiet von Karatschi, wo die paramilitärische Organisation Pakistani Rangers gewaltsam gegen die Mohadschi (Pakistani, die nicht zu den Pandschabi, Belutschi oder Paschtunen gehören) vorgehen, die laut Nair "von den pakistanischen Sicherheitskräften nicht gerade sanft behandelt werden". Die Situation in Karatschi wird noch durch die Anwesenheit von eineinhalb Millionen Flüchtlingen aus Afghanistan verschärft.

Belutschistan gilt heute als ein geringeres Problem. Seit der Zeit, als die pakistanische Regierung gegen die Unabhängigkeitsbewegung Belutschistans kämpfte, sind zwei Jahrzehnte vergangen. Andererseits geben laut Nair jüngere Entwicklungen an der Menschenrechtsfront Anlass zur Sorge. Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit findet sich das Militärregime endlich doch bereit, einige Konzessionen zu machen - vor allem in Bezug das "Blasphemiegesetz, das unter der Regierung Nawar Sharif gegenüber der christlichen Minderheit in Pakistan streng angewandt wurde, und in Bezug auf die „honor killings“, der Tötung von Frauen wegen 'Verstoß gegen die Ehre' und weil sie es gewagt hatten, sich gegen das Clansystem oder das Patriarchat in Pakistan aufzulehnen.

In Bangladesh gibt es vor allem im Hügelland um Tschittagong Probleme. Trotz Bemühungen um ein Friedensabkommen und der Anerkennung der Problematik dieses Gebiets durch die Europäische Union sieht sich laut Nair die "gewählte Regierung gezwungen, stets nach der Armee zu spielen."

Westnepal beschreibt Nair als ein Gebiet "äußerster Armut", ohne Straßen und andere Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Die Lebensumstände haben viele Menschen "in die Arme der Maoisten getrieben". Die gegenwärtige Regierung, so Nair, verwehrt in schuldhafter Weise jeden Dialog und verfolgt strikt eine Politik der unnachsichtigen Anwendung der Gesetze und der unbarmherzigen Aufrechterhaltung der Ordnung. Ein weiteres, wenn auch geringeres Problem ist jenes der tibetanischen Flüchtlinge.

In Bhutan jedoch stehen Fragen der Menschenrechte im Zentrum des Interesses. Nair berichtet, dass das ursprünglich auf Südbhutan beschränkte Problem der "ethnischen Nepalesen" sich heute auch auf Westbhutan ausgedehnt hat.

Der Nordosten von Indien, vor allem die nordöstlichen Staaten Manipur, Tripura und Assam, stellen ein "schwerwiegendes Problem" dar. Im Hügelland von Manipur gibt es immer wieder Aufstände und in den Ebenen "artikulieren zwei indigene Gruppen ihre Klagen über Missstände mit Waffengewalt", wie Nair sich ausdrückt. Im Staat Tripura, der eine lange gemeinsame Grenze mit Bangladesh hat, ist die einheimische Bevölkerung (die Tripuris) bereits zu einer "Minderheit im eigenen Staat" geworden, die "weniger als 31% der Bevölkerung" ausmacht. Nair erklärt diesen Minderheitsstatus mit der ungehinderten Einwanderung von Menschen aus den indischen Ebenen von Bengalen und Ostpakistan, die von der Regierung von Westbengalen und Indien in Tripura angesiedelt wurden.

Die „United Liberations Front“, die Vereinigte Befreiungsfront von Assam, widmet sich vor allem wirtschaftlichen und versucht, einen Teil der Erträge aus Öl- und Teeexporten Assam zugute kommen zu lassen. Sie hat sich in Südbhutan eine Basis aufgebaut und ist dort der bhutanesische Armee klar überlegen.

Der Kaschmirkonflikt, der "bedeutendste Krisenherd", war der letzte Punkt in Ravi Nairs Ausführungen zu Menschenrechtsfragen in Südasien. Seit dem Beginn der Krise im Jahr 1990 hat es zu beiden Seiten der Grenze, also von Seiten Indiens und Pakistans, brutale Menschenrechtsverletzungen gegeben. Nair betonte, dass Indien verdächtige Personen in sogenannten "Befragungszentren" festhalte, die aber in Wirklichkeit "Folterzentren" seien. Auch seitens Pakistans sei es zu Anhaltungen und der Anwendung von Prügelstrafen gekommen, doch keinesfalls zu Übergriffen wie den "Folterungen und außergerichtlichen Hinrichtungen in großem Maßstab auf indischer Seite".

Abschließend verwies Nair auf die wichtigsten Anliegen für die nahe Zukunft Südasiens: "Wie können wir die neuen demographischen Verschiebungen bewältigen, die sich in der gesamten Region abspielen, vor allem im Nordosten Indiens, Ostbhutan, Südbhutan und Ostnepal?" Laut Nair hat der indische Staat sich als "unfähig erwiesen, irgendwelche gesamtstaatlichen Gesetze für Flüchtlinge, Ausländer, Migranten und Heimatvertriebene zu erlassen". Indien versucht, diese Fragen aufgrund alter, aus der Zeit der Fremdherrschaft stammender Gesetze (1948) zu lösen, also auf der Basis "obsoleter Instrumente", die der gegenwärtigen Situation und den neuen Problemen, die in der Region entstanden sind, in keiner Weise entsprechen". Aus diesem Grund plädiert Nair für "neue Entwicklungen in der Flüchtlingsgesetzgebung und im internationalen Migrationsrecht".